



Reisebericht Griechenland 2./3. März 2010



Äußerst spontan entschloss ich mich zu Wochenbeginn für einen Tag nach Griechenland zu reisen, um angesichts der Schuldenkrise nicht nur über die Griechen zu reden, sondern endlich auch einmal mit den Griechen zu sprechen. Dabei zeigte sich mir bei unterschiedlichen Gesprächen ein durchaus differenzierteres Bild der Situation, als ein Teil der hiesigen Berichterstattung vermuten lassen würde. Die politisch Verantwortlichen gehen sehr hart mit sich selbst ins Gericht und scheinen überzeugt, dass das ambitionierte Ziel der Rückführung des derzeitigen Staatsdefizits von 12,7 % auf 3 % des BIP zu schaffen ist.

Angesichts der Belastung der deutsch-griechischen Beziehungen in den letzten Tagen sollten wir **die Bundesregierung zu einer Krisenpolitik drängen, die durch einen wahrhaft pro-europäischen Geist geprägt ist**. Die griechischen Sparbemühungen müssen auf EU-Ebene aktiv begleitet und kritisch überprüft werden. Damit dort eine realistische Chance für eine Haushaltskonsolidierung entsteht, müssen wir für politische Maßnahmen eintreten, durch die das Zinsniveau für griechische Staatsanleihen sinkt. **Verstärkt sollten wir auch grüne Akzente für den Umgang mit der griechischen Krise setzen**. Gemeinsam mit unseren griechischen Partnerorganisationen sollten wir deshalb auf die sozial-ökologische Verträglichkeit der Reformen und beim Einsatz zukünftiger europäischer Strukturmittel bestehen. **Es gilt zudem die Einsparnotwendigkeiten zum Anlass dafür zu nehmen, die unrühmliche Rolle der deutschen Rüstungsindustrie bei der Aufrüstung Griechenlands und der Türkei zu**



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

kritisieren. Eine Reduktion des Militärhaushalts ist nicht nur finanziell sinnvoll, sie ist auch im Sinne einer weiteren Abrüstung und Befriedung des europäischen Kontinents anzustreben.

Gespräche mit:

- **Panayotis Thomopoulos**, Vorstandsmitglied der Zentralbank
- **Philippos Petsalnikos**, Parlamentspräsident
- **Martin Knapp**, Geschäftsführer der deutsch-griechischen Handelskammer
- **Yannis Panagopoulos**, Vorsitzender des Allgemeinen Griechischen Gewerkschaftsbunds
- **Christos Polyzogopoulos**, Vorsitzender des Griechischen Wirtschafts- und Sozialforum
- **Nikos Chrysogelos, Giannis Paraskewopulos und Frau Gianna Kontuli**, Athener Grüne

Dienstag, 2. März 2010

Als ich am Dienstag um 16:00 Uhr auf dem Athener Flughafen gelandet war, erfuhr ich dass der erste Termin für **17:00 Uhr** mit einem Vorstandsmitglied der Griechischen Zentralbank zugesagt worden war. Die Ansage lautete dann: Ein Taxi finden – und auf dem schnellsten Weg in die Stadt fahren. Zunächst ließen auf dem modernen Flughafen in Athen die Koffer etwas länger auf sich warten. Dann musste umdisponiert werden, denn die Taxen streikten. Gezwungenermaßen musste ich mich nach längerem Verhandeln dem Kartell der Limousinenfahrer beugen und zum vollkommen überzogenen Preis von 90 Euro einen Wagen in die Stadt nehmen. Nach einem vielversprechenden Start sah diese Aktion zunächst nicht aus. Aber somit erreichte ich zumindest pünktlich mein Ziel, das Gebäude der Zentralbank.

Griechische Zentralbank, 17:00 Uhr

Hier wurde ich von **Panayotis Thomopoulos**, einem Vorstandsmitglied der Zentralbank erwartet.

Die Themen, die ich mit ihm besprechen wollte, betrafen die deutsch-griechischen Beziehungen nach den negativen Pressemeldungen auf beiden Seiten, das bevorstehende dritte Sanierungsprogramm und die Frage, was sich bereits als Reaktion auf die ersten beiden Sanierungsprogramme in den letzten Monaten geändert hat.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Herr Thomopoulos hielt nicht nur das Focus-Titelblatt, das Auslöser für die Verstimmungen auf griechischer Seite war, sondern auch die griechische Reaktion darauf, für unangemessen. Es sei vollkommen überzogen, aus diesem Grund den deutschen Botschafter einzubestellen. Schließlich handele es sich lediglich um eine Karikatur und in Griechenland herrsche Meinungsfreiheit.

Auf die Verschuldungssituation hätten die Märkte reagiert so wie es sich für Finanzmärkte gehört – mit einer deutlichen Erhöhung der Zinsen. Seit Eintritt in die Eurozone hatte Griechenland mit künstlich niedrigen Zinsen sehr viel „billiges Geld“ zur Verfügung gehabt, deshalb habe man zu viel Geld in den Konsum und in die Bauwirtschaft fließen lassen. Die Griechen hätten lange Zeit über ihre Verhältnisse gelebt, jetzt müssten alle dafür bezahlen. Es ist aus seiner Sicht wichtig, dass diese Wahrheiten nun ausgesprochen werden. Die Lasten würden sonst noch stärker auf die nächste Generation abgewälzt, was unverantwortlich sei, so Thomopoulos.

Aus Sicht von Herrn Thomopoulos ist es begrüßenswert, dass Ministerpräsident Papandreou die Griechen mit seinem angekündigten dritten Sparprogramm auf weitere Einschnitte vorbereitet hat. (O-Ton: „We are not starving. We just have to tighten our belts.“) Im Durchschnitt bedeuten die Einschnitte einen 10%igen Reallohnverlust. Zu bedenken ist jedoch dabei, dass es im letzten Jahr nochmals eine durchschnittliche nominale Lohnerhöhung von 9% gegeben hatte. Weiterhin rechnet er vor, dass Griechenland aufgrund der überdurchschnittlichen Lohnerhöhungen zwischen 2000 und 2009 etwa 20% seiner Wettbewerbsfähigkeit verloren hat.

Auf keinen Fall würden - auch nicht im dritten Sparprogramm - die Mindestrenten und die Mindestlöhne angefasst. Nach Aussage von Herrn Thomopoulos liegen die Mindestrenten derzeit bei 600 Euro und die Mindestlöhne bei 750 Euro pro Monat. Wichtige Maßnahmen sind die geplante Immobiliensteuer, die höheren Abgaben auf Diesel und Benzin, die erhöhten Mehrwertsteuersätze und die Steuern auf Luxusgüter. Außerdem sei es vernünftig, das 14. Monatsgehalt zu kürzen. Die Vorstandsgehälter der Zentralbank sind vor einigen Wochen um 20% reduziert worden, um mit gutem Beispiel voran zu gehen.

Ein Punkt wurde von ihm mehrmals herausgehoben: Allein die Tatsache, dass Griechenland 45 Tage ununterbrochen auf der Titelseite der Financial Times mit negativen Headlines zu finden war, könne kein Zufall sein. Bestimmte Kräfte hätten ein Interesse daran, den Euro zu schwächen und Griechenland weiter zu destabilisieren.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Idee, den IWF für die Haushaltssanierung ins Spiel zu bringen, ist laut Thomopoulos nicht sinnvoll, weil es sich um ein Problem der Eurozone und nicht allein um ein griechisches Problem handelt. Ein Staatsbankrott Griechenlands würde die Glaubwürdigkeit des gesamten Euroraums stark beschädigen. Mit dem angekündigten Paket der gesamten Sparmaßnahmen werde Griechenland es in den nächsten 3-4 Jahren schaffen, das öffentliche Defizit auf 3-4% zurückzufahren. Dazu sei es allerdings notwendig, dass die Märkte die Preise für die Zinsen nicht weiter hoch treiben. Derzeit zahle Griechenland für seine gesamten (in- und ausländischen) Verbindlichkeiten rund 15 Mrd. Euro Zinsen pro Jahr. Die Sanierung könne gelingen, wenn die Zinsen sich durchschnittlich bei 6% bewegen.

Allerdings wurde von ihm eingeräumt, dass Griechenland vor dem Eintritt in die Eurozone 9-10% Zinsen an den Märkten gezahlt hatte. Dadurch, dass keine Abwertung der eigenen Währung mehr möglich ist und die Schulden in Euro zurückgezahlt werden müssen, werde die Haushaltssanierung erschwert. Griechenland musste 1985 schon einmal radikale Sparmaßnahmen ergreifen, als Andreas Papandreou, der Vater des jetzt amtierenden Premierministers, Premierminister war. Damals musste die regierende PASOK-Regierung Reallohnkürzungen um 10% vornehmen, um den Haushalt zu sanieren. Man habe also Erfahrung...

Wie die Sparprogramme von der Bevölkerung aufgenommen werden und welche möglichen Auswirkungen zu erwarten sind, war der nächste Punkt des Gesprächs. Sicherlich werden die Kommunisten, die immer zwischen 5-6% bei den Wahlen erzielen, zu Demonstrationen aufrufen und selbstverständlich wird es Streiks im öffentlichen Dienst geben. Allerdings mangle es an Alternativen, daher werde man die Reformen umsetzen müssen. Dass die Steuermoral bereits in den letzten Wochen deutlich gestiegen ist, sei den ersten Reformen geschuldet. Man kann nun bestimmte Ausgaben, wie im deutschen Steuersystem, von der Steuer absetzen. Viele seien deshalb vom Schwarzmarkt auf offizielle Rechnungen umgestiegen. Natürlich kann ein solcher „Mentalitätswechsel“ im großen Stil nicht von heute auf morgen stattfinden. Anlass zur Sorge ist auch die Tatsache, dass in der Krise die Menschen ihr Geld selbstverständlich zurückhalten, der Konsum ist in den letzten Wochen stark zurückgegangen und es wurden auch deutlich weniger private und öffentliche Investitionen getätigt.

Folgende Vorwürfe hat Thomopoulos gegen die neue Regierung, obwohl er selbst Mitglied der sozialistischen Partei ist und für diese einige Jahre im Parlament gesessen hat: Viele Maßnahmen wurden nicht sofort eingeleitet, es verstrich zu viel Zeit. Die verlorene Zeit führte zu einem weiteren Vertrauensverlust und damit zu höheren Zinsen. Die von mir angesprochene Möglichkeit, dass eine heftige Rezession in den kommenden Jahren aufgrund der oben aufgezeigten Probleme eintreten könn-



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

te, wurde von ihm negiert bzw. relativiert. Auch Deutschland habe 2009 ein Negativwachstum von -5% aufgewiesen und sich davon erstaunlich schnell erholt. Die griechischen Banken seien grundsätzlich stark und gut aufgestellt, problematisch werde es nur, wenn auch die privaten Sparer dem Staat nicht vertrauen und im großen Stil das Geld abziehen würden. Daher sei es von großer Bedeutung, immer mit der Bevölkerung im Gespräch zu bleiben, um eine maximal mögliche Transparenz bezüglich der Haushaltssanierung herzustellen.

Mein Hinweis auf mögliche Einsparpotenziale im übermäßig hohen Militärbudget, wurde von Thomopoulos ganz klar zurückgewiesen. Als „Zentraleuropäerin“ könne ich mir die Bedrohung durch das türkische Militär nicht vorstellen. Gerade die Enthüllungen um den geplanten Putsch der türkischen Generäle 2003 hätten doch eindeutig gezeigt, dass die Griechen diese Investitionen nicht zum Spaß tätigen, die Bedrohung sei real. Erst wenn die Europäische Union eine Art Beistandsverpflichtung gegenüber Griechenland im Fall eines türkischen Angriffs unterschreibe, sei an eine ernsthafte Reduktion der Militärausgaben zu denken.

Zum Vergleich brachte ich an, dass China ebenfalls 4,3% seines BIP in Rüstung investiert und dafür zu Recht kritisiert wird, während Griechenland in diesem Zusammenhang gar nicht erwähnt wird.

Griechisches Parlament, 18:15 Uhr

Die nächste Besuchsstation war das Parlament. Dort traf ich mit dem **Parlamentspräsidenten Philippos Petsalnikos** zusammen. Petsalnikos spricht fließend deutsch, er hat in Bonn studiert und ist mit einer Deutschen verheiratet.

Er lieferte jede Menge Zahlen, um den Eindruck zu entkräften, alle Griechen lebten im Schlaraffenland. So zeigte er beispielsweise, dass der Bruttolohn eines Lehrers in Deutschland im Schnitt mit 4.400 Euro doppelt so hoch ist, wie der eines Lehrers in Griechenland nach 30-jähriger Tätigkeit im öffentlichen Dienst. Außerdem liegt der durchschnittliche Stundenlohn gerade einmal bei 6,50 Euro, wobei dieser in Deutschland 11,60 Euro beträgt. Ähnlich sei es bei den Durchschnittsrenten, die mit 1100 Euro in Deutschland deutlich über denen in Griechenland mit 780 Euro liegen.

Griechenland hat seit seinem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1981 bis 2000 von dieser insgesamt 100 Milliarden Euro erhalten, wobei Deutschland im Zuge der Wiedervereinbarung ebenfalls hohe Zuwendungen aus den Strukturfonds zugute gekommen seien.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Angesprochen auf den Militärhaushalt, antwortete der Parlamentspräsident, dass dieser sicherlich mit 11 Mrd. Euro viel zu hoch sei. Doch spiele gerade Deutschland bzw. die deutsche Rüstungsindustrie eine unschöne Rolle. 13% der gesamten Rüstungsexporte aus Deutschland gingen zwischen 2004 und 2009 nach Griechenland, 15% in die Türkei. Solange Deutschland beide Länder parallel hochrüstete, werde Griechenland weiter in das Militär investieren. (In den Tagesthemen wurde das Beispiel der Leo II-Panzer aufgegriffen: Die Bundeswehr besitzt 400 dieser Panzer, unter griechischer Flagge fahren derzeit 876 Leo-II Panzer– alle aus deutscher Produktion.)

Petsalnikos unterstrich die katastrophale Wirtschaftspolitik der konservativen Vorgängerregierung von Karamanlis. Die Vertuschung von Daten sei durch nichts zu entschuldigen. Obwohl die Probleme selbstverständlich bekannt waren, sei die konservative Regierung extrem reformunwillig gewesen. Jetzt stimmten die Konservativen allerdings im Parlament zähneknirschend für die Sparmaßnahmen.

Als Folge der Wirtschaftskrise habe das kleine Griechenland in den Jahren 2008/2009 28 Mrd. Euro als Unterstützung für die Banken bereitgestellt, das seien knapp 11% des BIP gewesen. Auch diese enormen Schulden schlagen jetzt zu Buche.

Auf meine Frage, wo denn die Schwerpunkte im Reformprogramm liegen werden, erhielt ich die Antwort: „Wir müssen alles ändern.“ Der Staat müsse nicht nur sparen, gleichzeitig müsse der gesamte Staatsapparat deutlich effektiver werden. Die Einstellungen in den Staatsdienst dürften nicht mehr aus Gefälligkeit erfolgen, rein objektive Qualitätskriterien seien notwendig. Das Sozialsystem müsse ebenfalls geändert werden.

Auf der anderen Seite solle dafür gesorgt werden, dass die Stimmungsmache in der Presse die Zinsen an den Finanzmärkten nicht unnötig hochtreibt. Dazu sei auch ein starkes Signal der Solidarität aus Deutschland notwendig.

Wie denn das Bildungssystem mit in die Reformen einbezogen werden könnte, lautete meine nächste Frage. Petsalnikos, der unter dem damaligen Bildungsminister und heutigen Premierminister Papandreou im Bildungsministerium gearbeitet hat, betonte, dass insbesondere die Reform des Bildungs- und Hochschulsystems auf ihrer Agenda oberste Priorität habe. Im Grunde müsse man alle Fragen parallel angehen, aber die fiskalischen Fragen seien derzeit die drängendsten, danach widme man sich den strukturellen Reformen.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Er betonte auch, dass Griechenland nach dem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1981 einen Modernisierungsschub vollzogen hatte, insbesondere im Bereich von Krankenhausbauten, Straßen und Schulen seien die Veränderungen gut sichtbar. Das würde in Griechenland auch heute noch honoriert.

Außerdem hat er eine Kampagne gestartet, mit der er versuchen will, vor allem die gut 3 Millionen Griechen, die außerhalb des Landes leben (bei einer Gesamtbevölkerung im Inland von ca. 11 Mio.), finanziell an der Schuldentilgung des Landes zu beteiligen. Er habe in den letzten Wochen viele Anfragen von griechischen Staatsbürgern erhalten, wie sie ihr Land unterstützen könnten. Dadurch sei ihm die Idee für die Kampagne gekommen, an dessen Spitze sich der Präsident des Landes stellen werde. Das gespendete Geld solle allein für den Abbau der Staatsschulden eingesetzt werden.

Die Frage, ob der IWF herangezogen werden sollte, wurde auch von ihm ablehnend mit dem Hinweis beantwortet, dass der Vertrauensverlust für den Euro zu groß sei und die gemeinsame Währungsunion dadurch demontiert würde.

Eine weitere Reformmaßnahme als Reaktion auf die frisierten Statistiken sei die Umstrukturierung der Statistikbehörde, die derzeit noch dem Wirtschaftsministerium unterstellt ist. Diese soll in Zukunft als unabhängige nationale Behörde agieren. Der Vorstand der Statistikbehörde solle nicht mehr vom Minister ernannt, sondern vom Parlament gewählt werden.

Das Gespräch fand in einer äußerst angenehmen und beinahe freundschaftlichen Atmosphäre statt. Auf seinem Schreibtisch lagen alle überregionalen deutschsprachigen Wochenmagazine und er berichtete in diesem Zusammenhang, dass er sich nun erstmals auch in der deutschen Presse mit einigen Antwortschreiben auf die Provokationen in der vergangenen Woche zu Worte gemeldet habe.

Treffen mit dem Geschäftsführer der deutsch-griechischen Handelskammer, 19:30 Uhr

Martin Knapp verfügt über jahrelange, sehr wertvolle Erfahrungen in Griechenland. Er hat diese sowohl im Studium als auch später als Mitarbeiter in einem griechischen Ministerium gesammelt. Gleichzeitig steht er als Geschäftsführer der Handelskammer im ständigen Kontakt mit deutschen Wirtschaftspartnern und ist sehr gut mit beiden Sichtweisen vertraut.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Für ihn stellt sich die Situation als äußerst vertrackt dar, weil die Probleme des Landes kaum alle auf einmal gelöst werden könnten.

Er illustrierte die Probleme an einigen Beispielen, insbesondere im Bereich der Rentenprivilegien. So sei der Anteil der Rentenzuschüsse am **griechischen BIP mit gut 11,5% ähnlich hoch wie die Rentenzuschüssen in Deutschland mit 11,4%**. *(Meine Anmerkung: Wenn allerdings die griechische Steuerbasis deutlich unter der deutschen liegt, dann sind die Ausgaben für Rentenzahlungen im Haushalt in Griechenland deutlich höher als in Deutschland. Die Griechen müssen sich für diese Zahlungen entsprechend verschulden. Der OECD-Durchschnitt ist 7,4%)*

Das Renteneintrittsalter ist nach OECD-Angaben nicht grundsätzlich niedriger als in Deutschland, die beiden Länder liegen hier direkt nebeneinander (mit 60,9 Jahren (Frauen) und 63 Jahren (Männer) in Deutschland). Allerdings sind die Privilegien und damit die Ungerechtigkeiten innerhalb des griechischen Rentensystems sehr stark ausgeprägt. Das größte Privileg sei seit einigen Jahren abgeschafft. Es handelte sich dabei um den Rentenanspruch für Frauen, die mindestens ein Kind geboren haben und 15 Jahre beim Staat tätig waren. Allerdings müsse der Staat noch über Jahrzehnte die gut dotierte Rente einiger Frauen bezahlen, die mit 35 Jahren „Rentnerinnen“ geworden seien.

Das zweite Beispiel betrifft das Rentenrecht der Töchter von Generälen der griechischen Armee: Wenn eine Tochter unverheiratet bleibe, erhalte sie nach dem Tod ihres Vaters ihr Leben lang (unabhängig vom eigenen Einkommen) dessen vollständige Rente. Das sei eine schreiende Ungerechtigkeit.

Ein weiteres Beispiel betrifft Mütter, die vorzeitig in Rente gehen können, wenn sie mit 52 Jahren noch minderjährige Kinder zu versorgen haben. Dieser Anreiz habe bei vielen Frauen dazu geführt, ihre Kinder möglichst spät zu bekommen, um in den Genuss dieser Ausnahmeregelung zu kommen.

Außerdem müsse man vor allem bei den nominalen Rentenhöhen berücksichtigen, dass es weitaus größere Unterschiede im System gebe, was die Einzahlungszeit betrifft. Erst wenn jemand tatsächlich ein Arbeitsleben lang ununterbrochen eingezahlt habe, könne er mit einer passablen bzw. hohen Rente rechnen. Aber in vielen Fällen würde von den Unternehmen die Einzahlung in die Rentenkassen, insbesondere im Niedriglohnbereich, nicht durchgängig vorgenommen. In diesen Fällen sei mit gewaltigen Abschlägen zu rechnen.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zur Sprache kam auch das deutsche „Engagement“ im Militärssektor: Dieses sei äußerst kritisch einzuschätzen. Hier werde leider unglaublich viel Geld verdient und deshalb habe vor allem die deutsche Industrie kein Interesse daran, den Militärhaushalt stärker zu beschneiden. Vorgesehen ist, das Militärbudget um 0,5 Mrd Euro zu kürzen. Selbstverständlich sei die Handelskammer in diese Geschäfte nicht involviert, obwohl es immer wieder Angebote für Kooperationen aus diesem Bereich gab und weiterhin gebe. Aber, so O-Ton : „Da schlage ich mich lieber mit meinen Zuwendungsbescheiden aus dem BMWi herum und nehme jährliche Kürzungen hin...“

Fatal sind, laut Knapp, die Spekulationen und anonymen Finanztransaktionen, die die Stabilität Griechenlands weiter gefährden. Hier müsse man endlich und möglichst bald zu einer internationalen Lösung kommen, um diese generell zu unterbinden. Sollte es keine internationale Lösung geben, müsse man umgehend eine „Koalition der Willigen“ finden, die das Instrument der Credit Default Swaps regulatorisch auf tatsächliche Hedge-Geschäfte beschränkt.

Eine echte Nagelprobe für die Reformfähigkeit sei allerdings, ob eine echte Reform des Wahlrechts gelingen wird. Die derzeitige Regelung erlaubt den WählerInnen einen Wahlzettel der eigenen Partei bereits mit ins Wahllokal zu bringen. Darauf ist der/die Wunschkandidat/in angekreuzt, denn diese(r) hat den Zettel selbst ausgehändigt. Die WählerInnen nehmen zwar die Zettel aller Parteien vom Wahlausschuss in Empfang (denn dazu sind sie verpflichtet), doch benutzt wird der mitgebrachte, bereits mit einem Kreuz versehenen Zettel. Solange diese „Wahlmethode“ möglich ist, bestehe immer der Verdacht, dass die mitgebrachten Zettel 'gezinkt' sein könnten. So könnte beispielsweise irgendein 'zufälliger' Punkt die Zuordnung deszettels ermöglichen. Solange sich dieses System hält, bestehe die Möglichkeit zur Manipulation. Deshalb ist die Änderung des Wahlsystems ein wichtiger Schritt zur endgültigen Überwindung des traditionellen Klientensystems. Die Regierung sehe das offenbar genauso: Denn es sei sicher kein Zufall, dass sie ausgerechnet das „Vorzugskreuz“ abschaffen will, welches auf den ersten Blick doch eine schöne, urdemokratische Einrichtung zu sein scheint...

Später hörte ich von anderen Griechen ähnliche Geschichten:

Sie meinten, erst wenn es für Parteien nicht mehr möglich sei, WählerInnen auf Parteikosten zu den Wahlen aus dem Ausland anreisen zu lassen und an WählerInnen im Inland mit präparierten Wahlzetteln heranzutreten, auf denen sie offen ihre persönlichen Wünsche an die Abgeordnete übermitteln können, sei das politische System wieder auf dem Weg, seine Glaubwürdigkeit zurück zu erlangen.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Mittwoch, 3. März 2010

Allgemeiner Griechischer Gewerkschaftsbund, 11:00 Uhr

Am Morgen stand um **11:00 Uhr** ein Treffen mit dem Vorsitzenden des Allgemeinen Griechischen Gewerkschaftsbunds, **Yannis Panagopoulos**, in dessen Büro auf dem Programm. Dieser wurde allerdings nach 20 Minuten sehr kurzfristig zu einem außerordentlichen Gespräch mit dem Premier Papandreou geladen, der um Rückhalt für seine Reformmaßnahmen bei den Gewerkschaften bat.

Das Gespräch wurde anschließend mit dem **Vizepräsidenten Kontopanos** fortgesetzt. Beide Gewerkschaftsvertreter waren in großer Sorge um die ArbeitnehmerInnen, die aufgrund der verschiedenen geplanten direkten und indirekten Steuern mit hohen Reallohnverlusten zu rechnen haben. Für sie stellt die derzeitige Krise keine reine Wirtschaftskrise dar, sondern vielmehr eine politische Krise, daher erhoffe man sich in Griechenland ein politisches Signal von Angela Merkel. Das Wort „Solidarität“ fiel in diesem Gespräch genau zwölf Mal.

Es geht nach ihrer Einschätzung um die politische Frage, ob auch die konservativen Kräfte in Europa diese Solidarität aufbringen wollen oder ihre derzeitige Politik fortsetzen möchten. Für die Bankenkrise habe man umgehende Hilfen zugesagt. Jetzt müsse man zusammenarbeiten, um die zu regulieren, die nicht nur die Finanzkrise, sondern Teile der Griechenlandkrise zu verantworten hätten. Dies sei vor allem deshalb notwendig, um die ArbeitnehmerInnen in Griechenland vor weiteren harten Einschnitten und dem Verlust ihres Arbeitsplatzes zu schützen.

Ein anderer Punkt, der den Gewerkschaftlern sehr am Herzen lag, war die Tatsache, dass die nationalistischen Tendenzen zunehmen werden, wenn es kein eindeutiges pro-europäisches Signal gebe. Die anti-europäische Stimmung erlebe ganz eindeutig einen Aufwind, dies müsse gebremst werden. Sie ständen im engen Kontakt mit dem DGB, der dies ähnlich beurteilen würde und seine Unterstützung zugesagt habe. Europa müsse zusammen halten und Solidarität sei auch innerhalb der Währungsunion unbedingt notwendig.

Im Gespräch ging es auch um die hohen Handelsbilanzdefizite mit Deutschland und die Gesamtwicklung der Leistungsbilanz in der Eurozone. Kontopanos wünscht sich eine Unterstützung mit klaren Worten. Die Bevölkerung erwarte dies. Im Ergebnis sollte Griechenland in der Lage sein, Anleihen zu „normalen“ Konditionen zu platzieren. Insgesamt sei eine andere Krisenpolitik in der Eurozone erforderlich, ansonsten würden sich demnächst weitere Staaten Südeuropas in der Krise befinden.



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

Das Problem betreffe alle Staaten. Am 9. März werde man das Problem auch auf dem Exekutiv-Rat der Europäischen Gewerkschaften behandeln.

Auf meine Frage, welche Einschnitte denn auf die Beschäftigten im Privatsektor zukommen würden, da ja offensichtlich die starken Lohn- und Gehaltskürzungen für den öffentlichen Dienst vorgesehen seien, lautete die Antwort: Auf der einen Seite sind die ArbeitnehmerInnen durch die geplanten Steuererhöhungen betroffen, auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass die Kürzungen im öffentlichen Dienst auch negative Sogwirkungen auf die privaten ArbeitgeberInnen haben. Diese seien dann ebenfalls nicht mehr bereit, sich an die getroffenen Vereinbarungen zu halten. Kontopanos drückte die Hoffnung aus, dass die Ergebnisse aus den kommenden Tarifverhandlungen von beiden Seiten respektiert würden. Als Vorbild dienen ihnen Vereinbarungen der deutschen IG Metall, die diese in der Krise mit den Arbeitgebern abgeschlossen haben, es wurde vereinbart, keine betrieblichen Entlassungen, dafür aber finanzielle Einschnitte im kleinen Maße vorzusehen. Zu befürchten sei, dass man am Ende auch hier mit Entlassungen und stärkeren Einschnitten bei den Sozialversicherungen zu rechnen habe. In Griechenland würden in der Krise Menschen eingestellt, ohne dass Sozialversicherungen bezahlt würden. Da müssten sich die ArbeitgeberInnen Kritik gefallen lassen und an ihre Verantwortung erinnert werden. Denn das Sparprogramm könne nur greifen, wenn sich alle an die Spielregeln halten und fair miteinander umgehen.

Griechisches Wirtschafts- und Sozialforum, 12:30 Uhr

Das nächste Treffen fand um **12:30 Uhr mit Christos Polyzogopoulos**, dem **Vorsitzenden des Griechischen Wirtschafts- und Sozialforums** (The Greek Economic and Social Council (OKE)) statt. Zuvor war Herr Polyzogopoulos selbst 10 Jahre lang Vorsitzender des Allgemeinen Gewerkschaftsbunds. Er machte sich in seiner Funktion vor allem für die Belange des Umweltschutzes stark. Sein Forum ist parteilich unabhängig, hat einen starken Europabezug und Vertreter aus verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen sind die Träger des Verbands.

Das OKE hat im letzten Herbst einen Maßnahmenkatalog für die ökologische Modernisierung Griechenlands erstellt. Ähnlich wie die Grünen, sieht er in der Krise auch eine Chance. Bisher sei aber im Entwurf der Reformmaßnahmen keine grüne Wirtschaftspolitik zu erkennen. Leider zielten die Reformen einzig auf Einschnitte im Haushalt ab. Die Umweltpolitik und andere wichtige Themen kommen bisher nicht vor. Für ihn sei eine Solidarität der Deutschen mit den Griechen selbstverständlich,



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

denn man habe ja auch mit dem aufgelegten Rettungsplan für die Automobilindustrie im letzten Jahr der deutschen Automobilwirtschaft geholfen.

Griechenland sei immer der schwächste Partner in der Eurozone gewesen und dadurch auch das leichteste Opfer für Spekulanten. Durch das Focus-Titelblatt seien aus seiner Sicht die guten deutsch-griechischen Beziehungen nicht geschwächt worden. Dennoch gebe es die Gefahr für wachsende nationalistische Tendenzen.

Treffen mit den griechischen Grünen, 14:00 Uhr

Den Abschluss des Kurztrips bildete **um 14:00 Uhr ein Besuch bei den griechischen Grünen** mitten in der Stadt. Es war eine Kunst, das Büro ohne Hinweisschild zu finden. Ich wurde zunächst zu Greenpeace geschickt, die wiederum noch nichts von den Grünen gehört hatten – ein interessantes Phänomen, wenn sich die Büros im selben Häuserkomplex befinden.

Der Empfang bei den Grünen war allerdings ausgesprochen freundlich und die Frage nach dem fehlenden Schild wurde mit dem Hinweis abgetan, man ziehe ja bald um.

Ich sprach mit **Nikos Chrysogelos, Giannis Paraskewopulos und Gianna Kontuli**.

Die Grünen betrachten das Reformprogramm als äußerst enttäuschend, weil es sich ausschließlich auf fiskalische Aspekte beschränkt und bislang keine Maßnahmen mit ökologischen Lenkungswirkungen aufweist. Sie möchten unbedingt die Elemente des Green New Deal mit aufnehmen und sehen hier ein echtes Potential für Griechenland. Sie appellieren daher an die Europäische Ebene, nur noch Strukturfondsmittel zu vergeben, wenn der nachhaltige Einsatz dieser Mittel gewährleistet werden kann. Bisher seien 40% der Strukturfonds in den Straßenbau geflossen. Das sei fatal. Es gebe nach wie vor keinen gut funktionierenden ÖPNV und kaum Zuglinien. Hier wünsche man sich dringend Investitionen.

Sie rechnen nicht damit, dass Papandreou mit dem geplanten Programm wieder gewählt werden kann. Vielmehr bezweifeln sie, ob sich die Maßnahmen überhaupt implementieren lassen. Papandreou habe an allen Stellen mit den Wahlversprechen der Sozialisten gebrochen.

Sie befürchten einen starken Einbruch im Konsum, wenn die Kürzungen im öffentlichen Sektor wirklich so kommen werden, wie angekündigt. Die Ausgabenseite sei nicht so sehr das Problem, sondern



Viola von Cramon
Mitglied des Deutschen Bundestages

viel stärker die fehlenden Einnahmen. Wenig Fortschritte werde man mit den Steuereinnahmen machen, wenn die Steuerbehörde bis Ende 2010 keine Neueinstellungen vornehmen kann. Dies sei aber notwendig, um die Steuerinspektion zu stärken und dadurch die Steuerbasis zu vergrößern.

Sie sprachen davon, dass die Lohnabschlüsse im letzten Jahr deutlich unter der Inflation gelegen hätten und damit die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert werden konnte.

Auf meine Nachfrage nach der Situation der grünen Partei schilderten sie, dass sie mit dem erzielten Ergebnis bei den letzten Parlamentswahlen von 2.53% zufrieden seien, allerdings das Potenzial für die anstehenden Kommunalwahlen im Herbst 2010 enorm groß sei. Sie wollen bis dahin insgesamt 15 Regionalbüros eröffnet haben. Außerdem ist seit diesem Jahr erstmals ein Parteienfinanzierungsgesetz in Kraft getreten, das vor allem innerparteilichen Trainings- und Schulungsmaßnahmen diene. Man setze darauf, vor allem die lokalen Gruppen vor Ort in die Parteistrukturen einbinden zu können. Die WählerInnen seien von den beiden großen Parteien häufig sehr enttäuscht, die Stimmung in Griechenland sei grün, davon könnte die Partei profitieren. Verschiedene Kooperationsmöglichkeiten zwischen den deutschen und griechischen Grünen wurden erörtert.

Den Abschluss bildete eine gemeinsame Presseerklärung zum Thema der fehlenden nachhaltigen Investitionen im Wirtschaftsprogramm der griechischen Regierung.